

Ministerin weist Kritik wegen Mängeln an Schulen zurück

Die Landesregierung gehe davon aus, dass die kommunalen Schulträger ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkämen. Dies schließe nicht aus, dass in einzelnen Fällen Reparaturen an Schulen den Haushaltsmöglichkeiten angepasst werden müssten. Die Darstellung des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) über angebliche gesundheitsgefährdende Zustände an Schulen sei jedoch generalisierend und im Kern unbegründet. Das erklärt Schulministerin Gabriele Behler (SPD) in ihrer Antwort auf eine kleine Anfrage des stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Herbert Reul (Drs. 12/4411).

Der Oppositionspolitiker hatte eine Presseerklärung des VBE erwähnt, worin dieser darauf hingewiesen hatte, dass viele Schulgebäude in NRW, „sowohl vom baulichen Zustand wie vom Sicherheitsstandard her betrachtet, ein unkalkulierbares Gesundheitsrisiko für Lehrer und Schüler“ seien. In vielen Schulen gebe es feuchte Wände, undichte Fenster und Löcher in den Fußböden. Hinzu komme, so der VBE, dass „viele naturwissenschaftliche Räume den Sicherheitsanforderungen des GuV und des Staatlichen Amtes für Arbeitsschutz in keiner Weise entsprechen, wie eine Studie zum Umgang mit Gefahrstoffen zeigt“. Die Ministerin betont, die der Anfrage zugrunde liegende Presseerklärung des VBE gehe davon aus, dass die dargestellten Mängel an Schulen im gesamten Land NRW vorlägen und berufe sich u.a. auf eine „Studie zum Umgang mit Gefahrstoffen“.

Dieser Schluss könne jedoch nicht gezogen werden, da es sich bei der so genannten „Studie“ nur um einen Bericht des Staatlichen Amtes für Arbeitsschutz Aachen über ein Überwachungsprogramm „Umgang mit Gefahrstoffen an Schulen“ in dessen Aufsichtsbezirk (Kreise Aachen, Düren, Heinsberg, Euskirchen und kreisfreie Stadt Aachen) handele, in dem die Ergebnisse einer stichprobenweisen Überprüfung dargestellt seien.

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner
(Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag
intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender
Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Par-
lamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL
(CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;
Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin
und Parlamentarische Geschäftsführerin, Hans-
Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
Notker Becker (CDU), Pressesprecher;
Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Sie folgt vor allem ihren Neigungen, ob bei der Wahl ihres Berufes, ob im privaten Bereich oder in der Politik – und sie bewahrte sich bis heute ihre Unabhängigkeit, die ihr die Voraussetzung bietet, vorurteilsfrei und unbeeinflusst politisch zu agieren: Ulrike Apel-Haefs, im Juli dieses Jahres über die SPD-Landesliste für Bundespräsident Johannes Rau in den Landtag nachgerückt.

Die gebürtige Thüringerin, Jahrgang 1952, die als Sechsjährige mit ihren Eltern aus der ehemaligen DDR nach Mönchengladbach-Rheydt floh, studierte nach dem Abitur Germanistik und Geschichte an der Universität Düsseldorf. „Ich hatte schon in der Schule großen Gefallen an Geschichte.“ Nach dem 1. Staatsexamen reizte es sie, als wissenschaftliche Mitarbeiterin am dortigen Historischen Institut für Neuzeit die Spuren der Geschichte zu erkunden. Heute unterstützt sie ihren Ehemann in seiner Arztpraxis.

Zwar sympathisierte die Korschebroicherin schon in jungen Jahren inhaltlich mit der SPD, doch zu einem Eintritt in die Partei konnte sie sich vorerst nicht entschließen. Erst Anfang der achtziger Jahre, als die damalige sozial-liberale Koalition in Bonn vor ihrem Ende stand, „hatte ich das Gefühl, sie unterstützen zu müssen“. Doch sie, die was „bewegen“ wollte, frustrierten zunächst die Interna eines Ortsverbandes.

Als Ulrike Apel-Haefs dann ermuntert wurde, die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) in Korschebroich zu gründen, nahm sie das Angebot an, auch initiierte sie die Wiedergründung der AsF auf Unterbezirksebene und war deren stellvertretende Vorsitzende.

Seit 1989 gehört die Sozialdemokratin dem Neusser Kreistag an, wo sie sich, ihren Neigungen und Fähigkeiten entsprechend, insbesondere für den kulturellen Bereich engagiert. Unter ihrer tatkräftigen Mitwirkung wurden beispielsweise mehrere Kultureinrichtungen erweitert und ihnen neue Impulse gegeben, so u.a. das Kulturzentrum Zons, Schloß Dyck und das Landwirtschaftsmuseum in Rommerskirchen-Sinnstedten.

Eine neue Herausforderung sah Ulrike Apel-Haefs in dem Angebot ihrer Parteifreunde, für die Landtagswahl 1995 im Wahlkreis Neuss IV zu kandidieren. Zwar holten ihn wiederum die Christdemokraten, doch über die Landesliste kam die Korschebroicherin jetzt doch noch ins Landesparlament. „Daran glaubte ich anfangs nicht.“

Besonders erfreut ist die Abgeordnete darüber, dass ihre Fraktion sie in den Ausschuss für Wissenschaft und Forschung berief – ein Wunschgremium, wo sie ihre Erfahrungen einbringen kann. Die frühere wissenschaftliche Mitarbeiterin befürwortet entschieden eine größere Autonomie der Hochschulen, um sie fit zu machen für den Wettbewerb. Dazu zähle auch, dass sie sich ihrerseits stärker der Öffentlichkeit öffnen müssten. Nach ihrer Ansicht ist auch ein privates Engagement für die Universitäten erforderlich, „die Bereit-



Ulrike Apel-Haefs (SPD)

schaft dazu besteht grundsätzlich.“ Die SPD-Landtagsabgeordnete ist natürlich auch am bundespolitischen Geschehen sehr interessiert. So habe sie dem Regierungswechsel im letzten Jahr „viel Optimismus“ entgegengebracht. Besonders der Ansatz Schröders, die SPD vermehrt gesellschaftlichen Gruppierungen gegenüber zu öffnen, die bisher nicht zu den traditionellen Wählerschichten der Partei gehörten, habe sie schon lange Zeit für notwendig gehalten. Ihrer Überzeugung nach hat diese Öffnung auch maßgeblich zum SPD-Wahlerfolg beigetragen. Die SPD habe nach ihren Worten den gesellschaftspolitischen Auftrag, Rahmenbedingungen zu schaffen für neue und sichere Arbeitsplätze, für Bildung und Qualifizierung sowie den sozialpolitischen Auftrag, die Absicherung großer Lebensrisiken zu gewährleisten. Für diese Aufgaben müsse sie gerade diejenigen, die in unserer Gesellschaft leistungsfähig seien, im Konsens mit „ins Boot“ holen. Gerade kleine und mittelständische Betriebe seien es, mit denen man die Weiterentwicklung des Strukturwandels besonders auch hier in NRW schaffen könne.

Das heißt aber auch, so die SPD-Abgeordnete, deren Anliegen ernst zu nehmen, deren Leistung und Erfolg auch anzuerkennen, und sie nicht sofort unter dem Gesichtspunkt der zusätzlichen Mehrbelastung zu betrachten.

Die Korschebroicherin weiß, dass diese Ansicht in der SPD nicht unumstritten ist – „dennoch bin ich der Überzeugung, dass wir nur so den gesamtgesellschaftlichen Konsens erreichen, der für die Bewältigung unserer Probleme erforderlich ist.“ Entspannung findet Ulrike Apel-Haefs beim Klavierspielen, wobei sie die Klassik besonders schätzt, und bei der Lektüre, insbesondere von Biografien. Und schließlich bieten gemeinsame Spaziergänge mit ihrem Ehemann Gelegenheit zum Gedankenaustausch. Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)